

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Drag. T. Kavčičeva nám. 32.

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (1924).

4. Jahrgang.

Donnerstag, 29. Mai 1924.

№. 126.

Die Rache Prašels.

Im Senat war gestern ein Sensationstag erster Ordnung. Die Rede eines Senators, der während der Debatte über die Preshnovelle auf die Spiritusaffäre zu sprechen kam, bewirkte, daß Herr Karl Prašel in eigener Person das Wort ergriff. Herr Prašel hat, wie alle Umstände beweisen, schon seit einiger Zeit auf die Gelegenheit gelauert, mit denen, die er an seinem Sturze vom Stuhle des Senatspräsidenten für schuldig hält, Abrechnung zu halten. Er ist nicht von jener sentimentalen Beschaffenheit, daß er sich nach seiner Absorgung in den Winkel stellen würde, man konnte damit rechnen, daß er sich an jenen zu rächen suchen werde, die es im Interesse der Reinheit des öffentlichen Lebens für geboten hielten, ihn nach den üblen Spiritusdämonen, die seine Tätigkeit als Vorsitzender der Spiritusgenossenschaft verbreitete, von seiner repräsentativen Stelle zu entfernen. Dieser Racheversuch ist von ihm gestern unternommen worden. Etwas ähnliches, was sich gestern Prašel, der Angehörige einer Koalitionspartei, leistete, hat sich weder in diesem noch wohl auch in anderen Parlamenten ereignet. Die Rede Prašels ließ einen Blick hinter die Kulissen der Koalition tun. Nach außen agieren die Herren des Koalitionsschlusses die Einigen, hinter dem Vorhang stehen sie wie Hund und Kohe zueinander und warten auf den Augenblick, wo sie sich das vergiftete Stilet in den Rücken stoßen können.

Die erste Ueberraschung war, daß Prašel als — Kontraredner auftrat, und das nicht nur gegen das Preshgesetz, sondern auch gegen das Inkompatibilitätsgesetz, das erst am nächsten Freitag zur Verhandlung gelangt. Er, ausgerechnet er, trat gegen das Verbot auf, daß Abgeordnete und Senatoren als Verwaltungsratsmitglieder von Erwerbsgesellschaften, die mit dem Staat Geschäfte machen, fungieren! War schon diese Dreistigkeit des Mannes arg, der eben wegen seiner Beziehungen zu einer solchen Erwerbsgesellschaft, der Spiritusgenossenschaft, gestürzt wurde, so war dies um so mehr der von ihm unternommene Reinwaschungsversuch seiner eigenen Person. Was er vorbrachte, waren durch nichts gestützte Behauptungen, er habe reine Hände, habe keine Korruption verübt und ebenso unschuldsvoll als er sich, mit Verzicht auf alle Beweise, erklärte, so unschuldig erklärte er auch die Spiritusverdiener. Die Behauptungen von seiner Sittlichkeit stützte er durch fastige Angriffe auf die Regierung und insbesondere auf das Ernährungsministerium, dem er die Urheberchaft unsinniger Maßnahmen zuschob, durch welche die Spiritusgenossenschaft zu Schaden kam, weshalb die Genossenschaft sich zur Anlegung eines Fonds gezwungen sah, der zur Deckung der existenzbedingten Verluste bestimmt war. Den Zwischenrufen, warum er auf die Beschuldigungen, die Gelder dieses Fonds zu Bestechungszwecken verwendet zu haben, nicht klagte, wich Herr Prašel beharrlich aus. Ebenso gab er keine Antwort darauf, als er stürmisch gefragt wurde, warum er nicht in die Einkerkelung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Prüfung der erhobenen Korruptionsanklagen eingewilligt und sich jeder Untersuchung widergesetzt habe. Das einzige was er darüber sagte, war, daß er mit Pathos erklärte, er „stehe zu hoch“, als daß er sich vom Senate einen Untersuchungsausschuß vor schreiben lassen würde! Das ist für angeklagte Verbrecher ein wertvoller Fingerzeig. Sie brauchen nur zu deklamieren, daß sie „zu hoch stehen“, und brauchen sich nicht weiter zu verantworten.

Aber der Clou seiner Rede kam erst; das waren die gar nicht mehr versteckten Anschuldigungen gegen den Präsidenten der Republik. Herr Prašel gibt die Hauptschuld daran, daß er wegen des Spiritusfonds als rüdiges Schaf in die Wüste gejagt wurde, dem Gradschäin. Nicht mit Unrecht nimmt er an, daß die Koalitionsparteien — alle in gegenüber allen ihn getroffenen Anklagen mildes Verzeihen und

Prašel kontra Majarňt.

Angriffe des gewesenen Senatspräsidenten gegen den Präsidenten der Republik

Prag, 28. Mai. In der heutigen Sitzung des Senats wurde das Preshgesetz ohne Aenderung angenommen. Es hat sich gezeigt, daß das Mitglied der Koalitionssensatoren ein sehr schmiege- und birglaues ist. Das Ergebnis des Gesetzes der vergangenen Tage bildet die Annahme von drei Resolutionen, die nicht sagend sind und aus denen sich die Regierung auch nicht viel machen wird. Berge freisten und gebären eine Maus — so läßt sich am besten die Behandlung des Preshgesetzes im Senat charakterisieren. Die Debatte wurde fast ausschließlich von deutschen Rednern bestritten. Gen. Riechert wies in großzügiger Rede auf die fabrikmäßige Herstellung reaktionärer Gesetze hin. Einigermaßen Ionisch wirkte es, daß der deutschsprachige Redner die Gefahr der Reaktion im Runde führte, während ein kommunistischer Redner sein Herz für die Demokratie zu opfern bereit erklärte. So wurde denn das Preshgesetz im Senat angenommen, um als Geburtstagsgeschenk dem Minister des Neuherrn Dr. Beneš präsentiert zu werden, der belanulich die Worte prägte: „Die Presse braucht Freiheit, mehr Freiheit und noch mehr Freiheit!“ Fortab wird es jetzt heißen: „Die Redakteure sollen eingesperrt werden, mehr eingesperrt werden und noch mehr eingesperrt werden!“

Die Sensation des Tages bildete aber der Angriff des gewesenen Senatspräsidenten Prašel auf den Präsidenten der Republik. Prašel, der sich in seiner Rede nicht reinwaschen konnte und mit Phrasen über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen hinwegkam, benötigte die Debatte, um seinen Standpunkt zu Majarňt auseinanderzusetzen. Das Auftreten eines Koalitionssplitterers, der Prašel noch ist, gegen den Präsidenten der Republik ist von hoher politischer Bedeutung, auf die wir an anderer Stelle zu sprechen kommen. Der Eindruck des Auftretens Prašels war auch demgemäß. Die Agrarier wurden leichenblau, der nationaldemokratische Faschist Mareš nickte Prašel verständnisvoll zu, der tschechische Sozialdemokrat bemächtigte sich große Erregung, der sie in lauter Weise zum Ausdruck verhalfen. Interessant war die Haltung der Deutschbürgerlichen, die immer wieder in Zwischenrufen darauf hinwiesen, daß nicht Prašel, sondern die anderen schuld seien. Als Prašel in der Polemik mit Majarňt die Worte „Demokratie ist Diskonfession!“ gebrachte, riefen die Deutschbürgerlichen sogar Beifall . . .

Um halb 11 Uhr voruntags eröffnete Präsi-
dent Donat die Sitzung.

Ueber das

Immunitätsgesetz

referierten Dr. Brochazka und Dr. Soukup.
Der deutschsprachige Friedrich sagt, daß die Annahme des Gesetzes einen Bruch der Verfassung bedeutet, da der § 24 der Verfassung umgangen und außer Kraft gesetzt werden wird.

Genosse Stadl:

Der Berichterstatter hat versucht, dem ganzen Gesetz einen demokratischen Mantel umzuhängen und zwar durch den Hinweis darauf, daß die Ungleichheit beseitigt werden soll, die gegenwärtig darin besteht, daß die Mitglieder der Nationalversammlung unter dem Schutz der Immunität stehen, während der andere Teil der Bevölkerung diesen Schutz nicht genießt. Diese Argumentation geht vollständig daneben. Wenn dieser Gesetzesentwurf beschlossen wird, werden die Mitglieder der Nationalversammlung schlechter gestellt als die anderen Bürger dieses Staates. Wenn sich ein Mitglied der Nationalversammlung gegen irgendwelchen Paragraphen des Gesetzes verbeißt, wird die Verjährung auf alle Fälle unterbrochen. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß die Verjährung eine Unterbrechung erfahren könnte in jenen Fällen, wo es sich um gemeine Delikte, die aus Gewinnsucht hervorgehen, Sittlichkeitsvergehen usw. handelt. Mit aller Entschiedenheit aber wehren wir uns dagegen, daß diese Verjährung auch eine Unterbrechung erfahren soll bei politischen Delik-

ten. Es wird einem Mitglied der Nationalversammlung in Zukunft überhaupt unmöglich sein, an den bestehenden System Kritik zu üben. Das Gesetz richtet sich vor allem gegen die oppositionellen Parteien! Für die Parteien der Mehrheit kommt dieses Gesetz überhaupt nicht in Frage, weil für sie nach der üblichen Praxis im Immunitätsausschuß die Gefahr der Auslieferung nicht besteht. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit gegen dieses Gesetz, weil es eine bedeutende Ungleichheit der Bürger des Staates bringt. Redner macht auf den Fall Parvula aufmerksam. Dieser wurde mit der Begründung nicht ausgeliefert, daß Parvula erzählt habe, er lebt mit den Tschachen in freundschaftlichem Verhältnis, seine Tochter habe einen Tschachen geheiratet usw. Ich glaube, wir könnten das als einen Fingerzeig hinnehmen, wir können vielleicht unsere Immunität trotz dieser verschärfen gesetzlichen Bestimmungen am besten dadurch schützen, wenn wir Vorzorge treffen, daß unsere Kinder, ob sie Töchter oder Söhne sind, ihren Lebensgefährten oder ihre Lebensgefährtin aus der herrschenden Nation dieses Staates wählen. Ich erkläre noch einmal, daß wir mit aller Schärfe gegen dieses Gesetz protestieren und seine Annahme ablehnen. (Lebhafter Beifall.)

Der Landbändler Anesch erklärt, eine solche Tyrannei der Mehrheit mit aller Entschiedenheit bekämpfen zu müssen und die Stimme einem Gesetz zu verweigern, das so schamlos auf den Tisch des Hauses gelegt und über das so scham-

verständnisvolles Augenzubringen gehabt hätten. Als der Spiritusfondskandal nachbar wurde, hatten ihn doch die Führer der Regierungsparteien eingeladen, ihnen Erklärungen zu geben. Prašel behauptete dort, er habe keiner Partei aus dem Spiritusfond Geld gegeben und diese Erklärung genügte den Koalitionbrüdern, um sich zufrieden zu geben, Prašel als unschuldig und seine Ankläger als Verleumder zu erklären. Herr Prašel glaubte, sich darauf in Sicherheit wiegen zu können, da brach am Neujahrstag über seinem Kopfe das Unwetter los. Von der Kanzlei des Präsidenten war ihm bedeutet worden, die übliche Gratulationskur zu unterlassen und es gingen, damit die Sache nicht so auffällig sei, zwei Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses und des Senates gratulieren. Als besonders schmerzlich empfand Prašel, wie er gestern gestand, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses, Tomášek, für den nächsten Tag zum Mittagsessen des Präsidenten geladen wurde und nur dieser, nicht auch er, was es offenkundig machte, daß der Präsident gerade ihn zu empfangen sich weigere. Gestern nun kam die ganze giftige But Prašels zum Ausdruck, — da er sich bewußt ist, daß er seinen Sturz nicht dem Reinlichkeitsgefühl der Koalitionsparteien, sondern der offenen Stellung-

nahme Majarňts zuzuschreiben habe, — indem er gehässig von der „Neujahrsgeste“ des Präsidenten sprach. Prašel erzählte hierbei auch von anderen Gegensätzen zwischen ihm und dem Präsidenten. Man erzählte, daß Prašel in seiner damaligen Eigenschaft als Präsident des Senats am 28. Oktober 1923 bei dem Präsidenten war, um an ihn im Namen des Senatspräsidentiums eine Ansprache zu halten, die später von der Kanzlei des Präsidenten zensuriert wurde, so daß man ihren Inhalt nicht erfuhr. Gestern erzählte Prašel diesen Inhalt, der ein offener Angriff gegen den Präsidenten und nebenbei auch gegen den Präsidenten des Abgeordnetenhauses war. Man erzählte, er, Karl Prašel, habe es unerträglich gefunden, daß bei allen Empfängen immer nur Tomášek das Wort geführt und seine Ansprachen an Majarňt immer nur im „marxistischen“ Sinne gehalten habe. Am 28. Oktober habe nun er, der Prašel, dem Präsidenten eine andere Meinung vorgebracht. Dabei ließ Prašel erkennen, daß er gegen die „marxistische“ und philosophische Einstellung des Präsidenten Stellung genommen habe und auch dagegen, daß Majarňt zu weit „links“ orientiert sei. Auch gestern verlangte Prašel von Majarňt, er möge sich endlich jetzt nach fünf Jahren „rechts“ orientieren.

los abgestimmt werden wird. Diese Acufierungen tragen ihm einen Ordnungsruf ein.

Der Kommunist Matušeč sammelt ein größeres Auditorium um sich, da er in seiner bekannt unwürdigen Weise seinen Standpunkt präzisiert. In einem Disput mit den tschechischen Sozialdemokraten sagt der Kommunist: „Ihr opfert Euer Herz für eine Jadasache, ich opfere mein Herz für die Demokratie!“ Einem andern Zwischenrufer sagt Matušeč: „So eine Bemerkung macht eine Großmutter auch!“ Wie die Immunität der Oppositionsensatoren aussieht, geht aus der Mitteilung Matušečs hervor, daß er zweimal verhaftet wurde, obwohl er sich als Senator legitimierte. Nach dem Schlusssatz des Berichterstatters wurde die Vorlage angenommen und das Haus schreitet zur Verhandlung des nächsten Punktes der Tagesordnung, das ist das

Preßgesetz.

Der Berichterstatter Senator Lufes wird von der Opposition mit den Rufen: „Das ist der Herr, der alles verurteilt!“ empfangen. Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme des Gesetzes, weil dadurch eine Befundung der Verhältnisse erzielt werde.

Genosse Dr. Heller: „Was haben die Sachverständigen dazu gesagt?“

Lufes: „Der Herr Dr. Heller ist aus dem Ausschuß weggegangen . . .“

Dr. Heller: „Glauben Sie, ich hätte die Komödie mitemachen sollen?“

Lufes: „Es handelte sich um keine Komödie!“ (Widerspruch bei unseren Genossen.)

Dr. Mayer-Harting (Dsch. Christl. Soz.) führt aus: Sie haben durch Wochen einen Heldenkampf geführt, um den Entwurf zu befeitigen. Und wie sieht jeder Kampf in der Koalition aus, so hat auch dieser Kampf geendet: Lauda biliter se subicerunt! Die Regierung erklärt allerdings durch ihre Sachwalter, schon seit dem 12. April habe sich die Presse wesentlich gebessert! Aber das Wort vom Mißbrauch der Presse ist charakteristischerweise ein Wort aus dem absolutistischen Sprachschatz. Und wenn wir die Geschichte der Preßgesetzgebung verfolgen, so werden alle Maßnahmen zur Unterdrückung der Presse mit dem Mißbrauch der Presse begründet. Sie erschlagen mit dem Mißbrauch der Presse auch die Freiheit der Presse. All das aber geschieht im Zeichen des Kampfes gegen die Korruption. Anderwärts bekämpft man die Korruption, daß man parlamentarische Untersuchungsausschüsse einsetzt. Aber andere Leute, andere Sitten! Bei uns bekämpft man die Bekämpfer der Korruption. So handelt es sich bei diesem Gesetz nicht um den Schutz des Staates, sondern um den Schutz der Koalition.

Landbändler Lufsch beschwert sich darüber, daß das Haus gerade erst dann einberufen wird, wenn die Volkswertweter, namentlich jene vom Lande, sich ihrem eigentlichen Beruf widmen sollen. Schuld daran sei die krisenhafte Situation in der Koalition.

Die Rede Prašels rief auf Seite der Koalitionsparteien peinliches Aufsehen hervor. Vor Schluß der Sitzung gab wohl Senator Huzl namens der tschechischen Agrarier die Erklärung ab, daß Prašel im eigenen, nicht im Namen der Partei gesprochen habe, aber glauben die Herren wirklich, daß das genügt. Prašel ist noch immer Mitglied einer Regierungspartei, und nun stelle man sich vor, es hätte in ähnlicher Weise wie Prašel, ein Oppositioneller gesprochen! Prašels Rede war die Rede eines, der im Begriff steht, eigene Wege zu gehen, Wege, die nicht jene der Regierung und nicht jene seines Clubs sind. Die Koalition hat gestern eine böje Wunde empfangen. Bleibt Herr Prašel Regierungssenator, dann wird dies die Festigkeit der Koalition nicht erhöhen, muß er aber gehen und scheidet ihn seine Partei aus, dann wird Prašel das tun, was er schon einige Zeit plant, er wird eine eigene Partei gründen, die zur Regierung in Opposition steht. Das wäre ein neuer Abbröckelungsprozeß der Regierungsmehrheit. Die Koalition scheint nur die Wahl zwischen Regen und Traufe zu haben. Herr Prašel hat gestern seinen Racheheldzug begonnen und dieser Feldzug ist noch lange nicht zu Ende.

Der Deutschnationale Karl hält den Gesetzentwurf für geeignet, der Reaktion und Korruption Vorschub zu leisten.

Der tschechische Gewerdeparteiler Trčka spricht gegen das Gesetz.

Dann spricht Sen. Niehner, dessen Rede wir an anderer Stelle bringen.

Der Kommunist Práša greift im Zusammenhang mit der Spiritusaffäre den Senatspräsidenten Donat und den Senator Prásek beftig an.

Práseks Rede.

Prásek erklärt, daß er nicht die Absicht hatte, in der Debatte das Wort zu ergreifen, aber die Angriffe gegen ihn und den Senatsvorsitzenden Donat nötigen zur Erwiderung.

Prásek fortsetzend: Wenn jemand korrumpiert, so würde der, welcher durch ihn korrumpiert wird, entwaflnet und müßte schweigen.

Senator Dr. Heller: Warum haben Sie nicht geklagt.

Senator Dr. Pilgenreiner: Sie nicht aber andere.

Prásek bespricht dann eingehend die Affäre mit der

Neujährsgratulation.

Einige Stunden vor Anbruch des neuen Jahres habe ich die telephonische Nachricht erhalten, daß die Neujährsgratulation beim Präsidenten Masaryk die Bispräsidenten vorbringen sollen.

Die Deutschbürgerlichen rufen: Ganz richtig! Prásek (fortsetzend): Unter solchen Verhältnissen blieb mir nichts anderes übrig als meiner Partei meine Funktion zur Disposition zu stellen.

Die kleine Lotte.

Roman von Simone Bobbe.

(Copyright by Interterritorialer Verlag „Renaissance“, Wien.)

Lise hat Lucie Parent Eßbesteck aus Neusilber anvertraut, das noch von Großmutter her stammt, damit ihre Schwester, die Poliererin, es frisch versilbere.

Lotte ist außer sich. Sie hat immer die kleinen Bonbonsaugen gesammelt, die Lucie ihr gebracht. Darunter gibt es welche aus „Silber“ und „Gold“.

„Undankbare, man bringt sich um, dich aufzuwiegen, und du weinst um so ein Gefäß, eine Nichtswürdige, eine...“

Lotte, bleich, mit trockenen Augen, redt in höflicher Empörung ihre ganze kleine Gestalt hoch.

„Das ist nicht wahr! Das ist nicht wahr!“

„Was ist nicht wahr?“ Lotte wußte nicht, es zu sagen. Mutter schleppt sie durchs Zimmer, immer draußloschlagend, trägt sie in den Nebenraum.

„Lucie! Lucie! Lucie!“

Vorsitzender der Spiritusgenossenschaft korrekter war. Daraus sehen Sie, daß an mir nicht die geringste Schuld liegt.

Niemanden geht es irgend etwas an, wie die Genossenschaft ihr Geld verwaltet, das ist Sache der Genossenschaft.

Niehner: Nennen Sie die Namen derer, die das Geld bekommen haben!

Heller: Warum haben Sie die Untersuchungskommission abgelehnt?

Prásek (fortsetzend): Man stellt immerwährend die phrasenhafte Frage, wohin die Fonde gekommen sind.

Dr. Heller: Warum haben Sie die Demission überreicht, warum haben Sie die Untersuchungskommission abgelehnt?

Prásek: Ich stehe viel zu hoch, um mich vor eine Untersuchungskommission zu begeben.

Dr. Heller: Das Parlament steht höher als Sie!

Friedrich: Stellen Sie nicht den Vorsitzenden höher als das Parlament!

Prásek: Wenn jemand meine Ehre angreift, so ist dies geschehen.

Die deutschen Senatoren rufen: Wir nicht! und zeigen nach der rechten Seite des Hauses.

Prásek: Es ist merkwürdig, daß man nur von Spiritusfonden redet, aber nicht von den Eisen- und Zunderfonden.

Stark: Die hat man nicht ertwischt!

Prásek: Sie sehen, daß die ganze Spiritusaffäre wie Rauch verfliegt.

Rufe: Durch Phrasen werden Sie sie nicht aus der Welt schaffen.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Die Rede vom 28. Oktober,

die ich am Jubiläumstag halten sollte, mußte ich am 27. Oktober der Kabinettskanzlei vorlegen und dort wurde der Versuch gemacht, sie zu zensurieren.

Der Vorsitzende Dr. Soukup macht den Redner aufmerksam, er möge nicht in einer solchen Art den Präsidenten der Republik beständig in die Debatte ziehen.

Senator Prásek springt auf, eilt vor die Ministerbank, haut mit der Faust auf den Tisch und ruft:

Mischen Sie den Präsidenten nicht in den Spiritus! Das ist eine unerhörte Rücksichtslosigkeit!

Der Krawall dauert minutenlang an.

Prásek: Demokratie ist Diskussion. Ich bin ein Demokrat und habe das Anrecht auf Diskussion. (Neuerlicher Lärm.)

Vizepräsident Soukup fordert den Redner auf zur Sache zu sprechen.

aus schwarzer Baumwolle, deren Saum fünf Zentimeter breit unter ihrem Röckchen hervorlumpt.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Lotte weiß jederzeit ihre Aufgabe, macht ihre Rechnungen richtig, will nichts von Grammatik verstehen, mag nicht leserlich schreiben lernen und wird deshalb fortwährend bestraft.

Prásek bespricht dann weiter, wie er gezwungen wurde, den Posten eines Präsidenten des Senates zu verlassen und sagt, er könne nicht mit der

unkulturellen Art

wie dies geschehen sei, übereinstimmen. Er kommt weiter auf den gegen ihn erhobenen Vorwurf des „rakusactivi“ (Oesterreichertum) und sagt, daß unsere Beamten, unsere Richter, unsere Offiziere und unsere Polizisten auch „rakusaci“ sind.

Es ist nur nötig, daß die Entwicklung des Staates, die immer nach links ging, nunmehr nach rechts geht.

Vizepräsident Soukup ergreift hierauf das Wort zu einer langen Erklärung, in der er die Angriffe der Senatoren Práša und Prásek gegen den Präsidenten zurückweist.

Prásek: Sie sehen, daß die ganze Spiritusaffäre wie Rauch verfliegt.

Rufe: Durch Phrasen werden Sie sie nicht aus der Welt schaffen.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Prásek: Ich bin gezwungen zu meiner Ehre etwas zu sagen, was gesagt werden muß.

Er bedauert das Vorgehen Práseks aufs tiefste und ruft die Senatoren Práša und Prásek, welche in einer bisher nicht gewohnten Art die Person des Präsidenten der Republik in die Debatte mischen, zur Ordnung.

Eine Erklärung der tschechischen Agrarier.

Nachdem noch einige Redner gesprochen hatten, bestieg Senator Huzl die Rednertribüne und sagt:

Ich habe im Namen des Klubs der agrarischen Senatoren folgende Erklärung abzugeben. Kollege Prásek hat zu seiner Verteidigung das Wort ergriffen. Das war sein Recht.

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters wurde zur Abstimmung geschritten.

Die Vorlage wurde in erster Lesung in der Fassung des Ausschusses angenommen und der Antrag der Genossen Niehner und Dr. Heller auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt.

Sodann ging das Haus in die Behandlung der Inkompatibilitätsvorlage ein. Die Debatte hierüber wurde nach dem Referat des Berichterstatters auf Freitag vertagt und die Sitzung geschlossen.

Die Unterdrückung der Pressefreiheit.

Rede des Genossen Niehner in der geklrigten Senatsitzung.

Nichts ist bezeichnender für die Verhältnisse im Staate als die Arbeit, die das Parlament, sowohl Abgeordnetenhaus wie auch Senat, in dieser Sommer-session leistet.

fabrikmäßigen Herstellung reaktionärer Gesetze.

(Zustimmung.) Das zeigt, wohin wir gekommen sind und welchen Daseinszweck die Koalition heute noch besitzt. Die Koalition ist ein Werkzeug der Reaktion geworden und sie sucht, solange noch diese Koalition besteht, soviel als möglich an reaktionären Gesetzen unter Dach und Fach zu bringen.

Das begreifen scheinbar auch schon manche Menschen und Parteien in der Koalition und es ist als ein Zeichen der Auflehnung gegen das herrschende, verderbliche System anzusehen, daß in der Mehrheit das Verlangen nach einer Milderung und Verbesserung der Vorlage gestellt wurde.

Der Senat hätte hier Gelegenheit gehabt, zu zeigen, daß er die oft in einer Fieberhitze im Abgeordnetenhause zustande gekommenen Gesetze nüchtern, gewissenhaft und verantwortungsvoll prüft.

der Senat wird wieder nur eine reine Abstimmungsmaschine

sein, die keine selbständige Meinung zum Ausdruck bringen darf.

lahmen Resolutionen der Öffentlichkeit das Gesicht in milderem Lichte erscheinen zu lassen, aber diese Resolutionen bedeuten nichts, sie werden niemandem toeheten und auch niemandem etwas bringen.

Das vorliegende Gesetz ist ein Wechselbalg ärgster Art. Es ist ein schändliches, ein tüchtches, ein grausames und ein ungerechtes Gesetz und es ist schließlich ein unmoralisches und unsittliches Gesetz.

In einem Lande, in dem die Pressefreiheit unterdrückt ist, müssen Willkür und Korruption blühen. In Erfüllung der Pressepflicht, Uebelstände zu rügen und Personen, die sich irgendwie verzeihen, zu geißeln, ist es ganz unbedenkbar, daß eine Zeitung nicht gelegentlich in Konflikt läme mit den Gesetzen.

Die Presse übt ein öffentliches Richteramt aus und

stecken, hebt er die Pfote, will spielen ... Mimi weicht erschrocken zurück — da hat sie auch schon den Kraker weg. Vergeblich erklärt Lotte der kleinen Schwester, daß Murr nicht böse sei, man dürfe sich nur nicht vor ihm zurückziehen.

Er hat zu viel gebummelt, ist davon krank, behauptet Mutter. Nun macht er in „gutem Betragen“.

„Nicht auf den Kopf, Unmensch!“ Vater und Mutter beginnen zu streiten: die abschaulichen Bücher, der abschauliche Unterricht, die abschauliche Schule — sie sind Ursache von allem Unglück der Welt.

„Herrgott, ist das Kind dumm!“ schreit Mutter. Und klack — klack — die Schläge fliegen nur so. Mimi fällt zu Boden — tränenerfüllt — von der eigenen Dummheit wie benommen.

„Komm, wollen uns Hühnchen schneiden.“ Dugend von Papierhühnchen werden gemacht. Dann spielt man Bäuerin, gibt ihnen zu fressen:

(Fortsetzung folgt.)

privater Natur. Bei Pressedelikten liegen doch in den meisten Fällen ideale Motive vor. Dennoch bestraft dieses Gesetz solche Delikte, die nicht aus unehrenhaften Motiven entstanden sind, schwerer, als gemeine Delikte. Wegen des Verschärfens der pflichtgemäßen Obforge wurde bis jetzt meist eine geringe Geldstrafe verhängt, jetzt wird diese Geldstrafe unbegreiflich schwer verschärft. Nach § 335 des Strafgesetzes wird über jemanden, der einem anderen durch Fahrlässigkeit eine schwere körperliche Beschädigung zugefügt hat, eine Strafe von acht Tagen bis sechs Monaten verhängt. Im Falle diese Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen zur Folge gehabt hat, kann die Strafe bis zu einem Jahre ausgedehnt werden. Auch die Verschärfung der pflichtgemäßen Obforge ist ein Fahrlässigkeitsdelikt, doch lautet hier die Strafe auf einen bis sechs Monate, im Falle das Verbrechen der Ehrenbeleidigung dieser Fahrlässigkeit zu Grunde liegt. Man wird also nach dem neuen Gesetz bei Fahrlässigkeit, wenn es sich um eine Ehrenbeleidigung handelt, genau so, vielleicht sogar schwerer bestraft werden, als wenn man einem Menschen aus Fahrlässigkeit eine schwere körperliche Beschädigung beibringt. Das zeigt, wohin die Verfälschung des Gesetzes im Eifer, die Redakteure einzuschüchtern, gelangt sind. Es wird aber weiter noch eine Entschärfung der Verleumdungen in Aussicht gestellt, welche eine Höhe bis zu 10.000 Kronen erreichen kann und das kann sowohl bei einer nachgewiesenen Ehrenbeleidigung, wie bei der Verschärfung der pflichtgemäßen Obforge geschehen. Und schließlich, um das Maß voll zu machen, kann einer Zeitung, die sich im Laufe eines Jahres in 10 Fällen des Deliktes der Ehrenbeleidigung oder der Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obforge schuldig gemacht hat, das Postrecht entzogen werden. Ein Privater kann 100 Ehrenbeleidigungen innerhalb eines Jahres begehen, der Staat wird diese von ihm verübten Delikte niemals zu öffentlichen machen, er wird ihm darum nicht das Recht entziehen, auf der Eisenbahn zu fahren oder ihm eine höhere Steuer auferlegen. Schließlich sind auch die Bestimmungen des Gesetzes unerhörte, daß ein verantwortlicher Redakteur nach mehrmaliger Verurteilung im Sinne des Gesetzes die Eignung zum verantwortlichen Redakteur verliert.

Die Tendenz des Gesetzes ist offenkundig: Die Presse soll bedroht werden, sie soll sich ewig unsicher fühlen, unter ständiger Einschüchterung leben. Und zu allem sollen noch die Ehrenbeleidigungen der Kompetenz der Schwurgerichte entzogen und sogenannten Schöffengerichten überwiesen werden.

Die Geschworenengerichte,

wie sie jetzt sind, erscheinen uns als kein Ideal. Sie sind reformbedürftig, aber dieses Problem hätte eine ernste, sachliche Lösung finden müssen. Die Urteilsprechung der Geschworenen gegenüber Arbeitern war oft genug hart und ungerecht. Aber wir vergessen doch nicht, daß in fast allen Rechtsstaaten die Prejudizien den Geschworenen unterstellt sind und daß die Schöffen, die bei uns eingeführt werden, sich durchaus nicht so bewährt haben, wie man hier glauben machen will. Die Lobredner des Gesetzes behaupten, daß die Geschworenen sehr oft Stimmungseinflüssen unterliegen und daß sie nach dem Gefühl und nach ihrer Parteilichkeit urteilen. Aber ist es denn wahr, daß die Berufsrichter frei von allen Leidenschaften, Stimmungen und Klassenvorurteilen sind. Auch die Richter fühlten sich als Angehörige einer bestimmten Klasse, sind von ihrem Geiste erfüllt, thronen doch nicht im luftleeren Raume und bei ihnen bildet nicht zuletzt das Hindernis einer wirklich gerechten Rechtsprechung ihre formale juristische Einseitigkeit, die sie nach dem starren Buchstaben des Gesetzes urteilen läßt. Wir haben vor uns aber auch ein im höchsten Grade unsittliches Gesetz, denn es enthält eine Reihe von Bestimmungen, die den verantwortlichen Redakteur zur Denunziation zu verleiten suchen. In der ganzen Welt gibt es gewiß kein ähnliches Gesetz. Dem Redakteur wird, wenn er sich zur Verleumdung des Redaktionschefs verurteilt, eine Wilderung der Strafe, und unter Umständen sogar Straflosigkeit in Aussicht gestellt. Gewiß wird keine Zeitung ihren Gewährsmann preisgeben, die Bestimmungen dieses Gesetzes werden also ein Dutzend bleiben, aber verwerflich ist der Geist aus dem heraus diese Denunziationsparagrafen geschaffen wurden. Schließlich ist das Gesetz auch schädlich im öffentlichen Interesse, denn es knebelt die Presse und schränkt ihre Bewegungsfreiheit ein. Es macht diejenigen, die die Zeitungen schreiben, in ihrer Tätigkeit unsicher, weil es die Existenz der Zeitungen bedroht und jene Mission, die die Presse im Interesse der Bevölkerung auszuüben hat, hindert. Jede Zeitung, die ihre Aufgabe ernst nimmt, soll materiell geschädigt werden. Das ist verwerflich und unsittlich. Am allerwenigsten hat die Presse der Koalitionsparteien Anlaß, sich auf die Höhe zu setzen, denn sie hat bisher am meisten jenes sittliche Niveau vermissen lassen. Das durch das Gesetz von der anderen Presse gefordert wird. Auch die Parte in der Koalition, selbst die nationalsten und patriotischsten, beweisen nicht jene Sitten, die sie von anderen verlangen. Gerade die größten Patrioten, die Nationaldemokraten halten es mit ihrem Patriotismus für vereinbar, gegen die höchste Stelle im Staate einen heimtückischen verlogenen und vergifteten Kampf zu führen. Gestern hat im Abgeordnetenhause der Abgeordnete Dyk als Berichterstatter über einen Auslieferungsantrag die Opposition, als sie gegen die Auslieferung in stürmischen Zwischenrufen protestierte, als „Divola pör“ (wilde Tiere) beschimpft. Ihre Herren haben sich also selber nicht in der Gewalt, solchen Beschimpfungen aus, von den anderen aber verlangen sie, daß sie sich sitfam und artig auf-

führen. Es ist gestern im Abgeordnetenhause ein Abgeordneter ausgeliefert worden, weil er sich einen — meines Erachtens nach — geschmacklosen Scherz erlaubt hat, eine Spiritusflasche mit einem Hähnchen auf die Ministerbank zu stellen. Deshalb wurde er dem Gerichte ausgeliefert. Aber was tut denn beispielsweise das Blatt der tschechischen Agrarier, die doch auch geachtete Patrioten sind. Jemandem soll sich ein ausländischer Deutscher geäußert haben, die tschechoslowakische Republik sei eine „Insel der Dummköpfe“ und der „Bentow“, das Hauptorgan der tschechischen Agrarier stimmt diesem imaginären Deutschen freudig zu und gibt ihm recht. Und warum? Weil die tschechoslowakische Republik noch immer nicht die Getreidezölle eingeführt hat. Solche Dinge, meine Herren, geschehen bei Ihnen am grünen Holze und da sehen Sie in Postur, um das öffentliche Leben zu reinigen. Sie wollen Verfassung predigen, müßten aber bei sich selber anfangen.

Und nun die Frage: Wozu brauchen Sie das Gesetz? Wie für alle solche Gesetze, haben Sie auch für dieses ethische Gründe bereit. Um solche Gründe sind Sie nie verlegen. Hier ist es die sittliche Erziehung der Presse, die durch das Gesetz bewirkt werden soll. Aber wie wollen Sie diese Erziehung herbeiführen? Durch Einsperren der Redakteure!

Sie bedienen sich also des Polizeistates, des Staatsanwalts und des Gefängniswärters als Erzieher. Sind Sie sich bewußt, meine Herren, daß Sie, indem Sie ständig neue Polizeigesetze schaffen, die Bevölkerung als unmündig erklären, sie so einschärfen, daß sie nicht imstande ist, die Lüge von der Wahrheit zu unterscheiden? Wir als Oppositionelle und „Hochverräter“ haben von der Bevölkerung und von diesem Staate eine bessere Meinung als Sie und halten es nicht für notwendig, ständig mit dem Staatsanwalt und dem Gefängnis zu drohen. Die beste Erziehung der Bevölkerung zur politischen und sittlichen Reife ist die volle Freiheit (Zustimmung). Es gibt gewiß Zeitungen, die alles zu scandalisieren suchen und es gibt Zeitungen, die oft der Lüge dienen (Zwischenruf: Das ist gerade die kapitalistische Presse!). Erziehung durch Knechtung ist ein schlechtes Mittel. Der französische Geschichtsschreiber Thiers sagt in seiner Geschichte der französischen Revolution über dieses Kapitel:

„Man muß alles sagen, die Lüge ist niemals zu fürchten, welche Dummheit sie auch erwerben mag. Sie stumpt sich durch ihre eigene Festigkeit ab. Eine Regierung fällt nur

durch die Wahrheit und fällt nur durch die unterdrückte Wahrheit.“

Es ist also nur die Unterdrückung der Wahrheit gefährlich. Wenn Sie sagen, die Bevölkerung müsse erst erzogen werden, bevor sie die volle Freiheit in Anspruch nehmen darf, dann sage ich Ihnen: Ein Zustand der Knechtschaft kann wieder nur Knechtschaft schaffen, niemals freie Menschen, freie Meinung und unabhängiges Denken (Senator Deller: Das Gesetz ist ein Geburtstagsgeschenk für den Herrn Minister des Neuhern. Er hat gesagt, die Presse braucht Freiheit, mehr Freiheit und immer mehr Freiheit.“) Das hat der Minister Dr. Venes gesagt. Aber vergessen Sie nicht, er ist Minister des Neuhern. Der Junenminister, der spricht ganz anders. Die Demokratie und Freiheit sind für uns Exportartikel und gehören in das Ressort des Herrn Außenministers (Weiterleit). Es wird hier mit verteilten Rollen gearbeitet. Der Herr Minister des Neuhern spricht: „Freiheit, mehr Freiheit und immer mehr Freiheit für die Presse“, aber der Herr Innenminister erklärt:

„Einsperren, mehr einsperren und immer mehr einsperren“.

(Weiterleit.) Meine Herren, machen Sie uns doch nichts vor und spielen Sie mit uns nicht Komödie. Sie wollen nicht die Presse erzähren, was Sie wollen, das ist: Sie wollen Ruhe haben und wenn es auch die Ruhe des Friedhofs ist. Sie wollen die Aufregung über die im Staate herrschende Korruption zum Schweigen bringen. (Senator Petřík: „Ja korupce je stara“ (Die Korruption ist eine alte) Herr Kollega, „stara“ oder „mlada“, Korruption bleibt Korruption! Es gibt auch anderswo Korruption, aber sie wird anders als bei uns belämpft. Bei uns will man sie nicht beseitigen, dafür will man diejenigen einsperren, welche die Korruption anklagen und bezeugen wissen wollen. Seit vielen Jahren wird eine durchgreifende Pressereform gefordert. Das Ergebnis ist diese Vorlage, die ein Monstrum, ein Un Ding, ein Ungeheuer ärgster Art ist. Nicht einmal diejenigen, die das Gesetz am meisten angeht, hat man gehört. Solche Eile hat man gehabt, um dieses Pressebelagungs-Gesetz durchzubringen.

Meine Herren von der Koalition, der heutige Tag, an dem Sie dieses Gesetz hier mit Stumpf und Stiel schluden, ist wahrlich kein Ehrentag für Sie! Wir können nicht mehr machen, als gegen das Gesetz zu protestieren. Wir tun das mit aller Entschiedenheit vor der ganzen Öffentlichkeit und vor dem öffentlichen Gewissen. (Lebhafter Beifall.)

Ein neuer Schiedspruch im Ruhrkampf

Die freien Bergarbeiterverbände lehnten ab.

Berlin, 28. Mai. (Eigenbericht.) Heute wurde für den Ruhrbergbau vom Reichsarbeitsministerium ein neuer Schiedspruch gefällt, über dessen Annahme oder Ablehnung sich die Parteien bis morgen mittags zu entscheiden haben. Der Schiedspruch sieht eine Arbeitszeit von sieben Stunden unter Tag und eine Stunde Mehrarbeit vor, über Tag dagegen acht Stunden und eine Stunde Mehrarbeit. Für die Kohlereibetriebe ist eine Arbeitszeit von 62 Stunden im Wochendurchschnitt vorgesehen.

Der Schiedspruch erhöht auch die Löhne um weitere fünf Prozent gegenüber den Marktlöhnen. In diesem Schiedspruch nahmen im Laufe des heutigen Tages die Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes in Revierkonferenzen Stellung.

* * *

Die Stellung der koalitierten Bergarbeiterverbände zum Kampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände in der Tschechoslowakischen Republik haben in ihrer Sitzung vom 28. Mai neuerdings zu dem Abwehrkampf der Ruhrbergarbeiter Stellung genommen.

Es wurden zunächst die Berichte der über Anregung der koalitierten Bergarbeiterverbände einberufenen außerordentlichen Sitzung des Exekutivkomitees des internationalen Bergarbeiterverbandes vom 21. Mai in Brüssel und über den Stand des Kampfes auf Grund eigener Informationen im Streitgebiete entgegengenommen.

Auf Grund dieser Berichte, in Übereinstimmung und Ausführung der Beschlüsse der Bergarbeiter-Internationale, wurde beschlossen:

1) Der Beschluß der koalitierten Bergarbeiterverbände vom 12. Mai d. J. wird, so weit er die Ausfuhr von Kohle und die Ablehnung von Mehrarbeit betrifft bis auf weiteres bekräftigt. Es wird dabei auf Grund der Berichte des eingerichteten Kontrolldienstes über Kohlenausfuhr festgesetzt, daß mit geringfügigen Ausnahmen die Beschlüsse vom 12. Mai eingehalten wurden. Zur weiteren Ausfuhrbeschränkung von Kohle besteht mit Rücksicht auf die Streiklage in Deutschland vorläufig kein Anlaß.

2) In Ausführung des Beschlusses der Bergarbeiter-Internationale und auf Grund des Berichtes über die Streiklage, ist die unverzügliche Einleitung einer Unterstützungsaktion dringend notwendig.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände haben in dieser Hinsicht beschlossen:

a) aus ihren Verbandsmitteln den Kampf-

Während die alten freigewerkschaftlichen deutschen Bergarbeiterverbände auch diesen Schiedspruch mit 107 gegen 83 Stimmen ablehnten, nahm die christliche Bergarbeitergewerkschaft den Schiedspruch mit 102 gegen 7 Stimmen an.

Auch die Unternehmer lehnen ab.

Berlin, 28. Mai. Nach Mitteilungen der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie haben die Unternehmer den gestern für den Ruhrbergbau gefällten Schiedspruch abgelehnt mit der Begründung, daß die Regelung der Arbeitsfrage bereits in kurzen neue Verhandlungen notwendig mache. Außerdem sei der Ruhrbergbau nicht in der Lage, die vorgesehene Lohnerhöhung zu tragen.

Das Einwanderungsverbot für Japaner

senden Bergarbeitern Deutschlands den Betrag von 200.000 Kronen unverzüglich zu überweisen;

b) Die Bergarbeiter der Tschechoslowakischen Republik zu raschen Sammlungen aufzufordern. Die Sammlungen werden bei einer Zentralstelle einheitlich und gemeinsam durchgeführt. Die Vertrauensmänner der koalitierten Bergarbeiterverbände sowie deren Sekretariate und die Betriebsobmänner, erhalten Weisungen und Erlaßsine sofort zugesendet.

Die Berichte über einen angeblichen Beschluß des internationalen Bergarbeiterverbandes über sofortige Einstellung aller Kohlentransporte nach Deutschland entsprechen in dieser Form nicht den Tatsachen.

Das internationale Bergarbeiterkomitee wird in einer Sitzung am 1. Juni sich mit der Unterstüfung der Ruhrbergarbeiter neuerdings beschäftigen.

Das Einwanderungsverbot für Japaner

Abberufung des japanischen Botschafters aus Washington.

Tokio, 28. Mai. (Gavas.) Der Ministerrat hat heute beschlossen, gegen das amerikanische Einwanderungsgesetz, und zwar bezüglich der japanischen Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, zu protestieren. Der Ministerrat sieht darin eine Verletzung des amerikanisch-japanischen Vertrages. Weiter hat das Kabinett beschlossen, den japanischen Botschafter in Washington, Sanjara, zur Rückkehr nach Japan aufzufordern.

Inland.

Was ist mit dem Spiritusvertrag?

In der Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses verlangte vor Eingang in die Verhandlungen Genosse Fischer eine Umstellung der Tagesordnung. Er erinnert daran, daß die letzte Sitzung des Budgetausschusses dem Antrage unseres Klubs beigetreten ist, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung als ersten Gegenstand den Vertrag der Finanzverwaltung mit der Spiritus-A.-G. zu setzen. Diesem einstimmigen Beschlusse ist nicht Rechnung getragen worden, obwohl fast ein Viertel Jahr lang keine Sitzung abgehalten wurde, also Zeit genug zur Durchführung des Beschlusses gegeben war. Die Spiritusaffäre, sowie eine ganze Reihe weiterer schwerer Korruptionsfälle, beschäftigten ununterbrochen die Öffentlichkeit im weitesten Maße. Der Budgetausschuß ist es seiner Selbstachtung schuldig, alle notwendigen Aufklärungen zu erhalten. Redner verlangte deshalb die Durchführung des Beschlusses der letzten Sitzung und beantragte demgemäß als ersten Verhandlungsgegenstand den Vertrag mit der Spiritusgesellschaft zu setzen. Der Vorsitzende entschuldigte die Festsetzung der Tagesordnung mit der Begründung, daß der Referent über den Spiritusvertrag, Remes, seit längerer Zeit erkrankt ist, folge aber nach einer kurzen Erwidernng des Abgeordneten Windirsch und Genossen Fischer zu, dem seinerzeitigen Ausschlußbeschlusse in nächster Sitzung Rechnung zu tragen.

Nach dem Berichterstatter Abg. Svoboda spricht zu der Regierungsvorlage auf Veränderung der Brünnner Waffenfabrik, bezw. deren Umwandlung in eine private Aktiengesellschaft Genosse Foll. Die tschechischen Blätter haben die Öffentlichkeit seit langer Zeit beeinflusst, um aus dieser Veränderung des Besitzverhältnisses der Waffenfabrik ein recht gutes Geschäft für den Zivnokonern zu machen. Er begründet dann diese Behauptung durch den Hinweis auf die sonstigen Vorgänge, welche mit dieser Umwandlung der Waffenfabrik zusammenhängen. Redner sagt dann: „Wir sind gegen den Regierungsantrag, die Verwindung des Referenten und der Motivenberichter sind ganz oberflächlich und unsichthältig; wir beantragen deshalb den Uebergang zur Tagesordnung.“ Der Antrag wurde abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Telegramme.

Die „herzliche Freundschaft“ mit Italien perleitet.

Rom, 28. Mai. (Siefani.) Heute um 13 Uhr wurde im Palazzo Chigi vom Minister Dr. Venes und Ministerpräsident Mussolini der Vertrag über die freundschaftliche Zusammenarbeit der Tschechoslowakei mit Italien unterzeichnet.

Mussolini droht keinen Wammeln

Rom, 28. Mai. (Siefani.) In einer Versammlung der Reichstagsabgeordneten hob Mussolini hervor, die ganze Welt werde mit lebhaftem Interesse das schwierige Experiment des faschistischen Parlamentes verfolgen, das jedoch glückliche Ergebnisse wird haben müssen. Zweifelslos wird dies das letzte Parlamentsexperiment Italiens sein. Wenn es fehlschlagen sollte, würde das Parlament durch andere Einrichtungen ersetzt werden müssen. Nachdem Mussolini das Arbeitsprogramm der Kammer skizziert hatte, trat er für eine fünfjährige Dauer der Kammer ein und erklärte, die kommende Gesetzgebungsperiode werde einen historischen Zeitschnitt darstellen und das Volk zur Größe führen müssen.

Basie tundoigt Neuwahlen in SHS an.

Belgrad, 28. Mai. In der heute vormittags abgehaltenen Sitzung des radikalen Abgeordnetenkubs erklärte Ministerpräsident Basie, daß die parlamentarische Krise nur durch Neuwahlen gelöst werden könne. Diese Wahlen müßten von jenen Staatsmännern geleitet werden, welche die Politik des einheitlichen Staates und des einheitlichen Volkes vertreten. Das Volk habe schon bei den letzten Wahlen seinen Willen in dieser Richtung bekundet. Es müssen alle Hindernisse beseitigt werden, die der nationale Feind in jahrhundertelanger Herrschaft zwischen den einzelnen Teilen des serbischen kroatischen und slowenischen Volkes aufgerichtet hatte. Der Ministerpräsident empfahl seinen Parteigenossen, mit den Kroaten und Slowenen „Liebevoll“ zu verkehren, um sie von den überlieferten Vorurteilen zu befreien.

Ein monarchistischer Betrüger gebrandmarkt

Wien, 28. Mai. (Eigenbericht.) Die „Arbeiter-Zeitung“ hat vor kurzem eine Zuschrift des Obmannes und des Sekretärs des Landesverbandes der Invaliden gebracht, worin der Gründer einer christlich-sozial-monarchistischen Invalidenorganisation, Gallos, betrügerischer Sammlungen mit Hilfe einer gefälschten Stempelkarte des Ministers Schmitz beschuldigt wurde. Seit Montag hat nun vor der Wiener Geschworenen die Verhandlung der Ehrenbeleidigungsaffäre des Gallos gegen die Verfasser der Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ stattgefunden. Heute haben die Geschworenen die Angeklagten mit elf gegen eine Stimme freigesprochen.

Internationale Tagungen in Wien.

Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Wien, 28. Mai. (Eigenbericht.) Am Donnerstag, den 5. Juni, tritt in Wien die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale zusammen. Angemeldet sind aus England Cramp (der jetzige Vorsitzende der Labour-Party), Allen (der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei), Whitehead und die Genossin Bell (die Vorsitzende der englischen Frauenorganisation); aus Belgien Vandervelde und de Broquere, aus Frankreich Braque und Longuet, die deutschen Delegierten, die zahlreich erscheinen werden, sind noch nicht angemeldet; aus Holland Bliegeu (der Vorsitzende der Partei); aus Dänemark der Sekretär der Partei Andersen; aus Georgien Tsereteli; aus Rußland von der Sozialdemokratischen Partei Abramowitsch, von der sozialrevolutionären Partei Suchomlin; aus der Tschechoslowakei Dr. Cech für die deutsche Sozialdemokratie, für die tschechische Sozialdemokratie wahrscheinlich Remec, Reichner und Winter; aus Rumänien Pistiner; aus Armenien Barandian; aus Jugoslawien Topalovic. Ferner Vertreter der schwedischen, polnischen, lettischen, spanischen und ungarischen Sozialdemokratie. Dieser Konferenz liegt eine umfassende Tagesordnung vor, die unter anderem folgende Punkte enthält: „Die politische Lage, die Garantieverträge, der Achtstundentag, die Feier des 60jährigen Tages der Begründung der Internationale (28. September 1884), Demonstration gegen den Krieg und die Beziehungen zu den anderen internationalen Verbänden.“

Der internationale Gewerkschaftskongreß.

Wien, 28. Mai. (Eigenbericht.) In der kommenden Woche wird in Wien der internationale Gewerkschaftskongreß stattfinden, dessen Tagung voraussichtlich bis zum 7. Juni dauern wird. Die engere Kommission des internationalen Gewerkschaftsbundes ist schon heute im Sitzungslokal der

Gewerkschaftskommission zusammengetreten, um den Kongreß technisch vorzubereiten. Es sind anwesend: Die Genossen Johauz (Frankreich), Leipart und Sassenbach (Deutschland), Mertens (Belgien), Oudegeest und Brown (England). Donnerstag und Freitag tagt die erweiterte Sitzung des Bundesvorstandes, Samstag und Sonntag die Konferenz aller Berufssekretariate. Der Bundesvorstand und die Konferenz der Sekretäre werden die dem Kongreß vorgelegten Anträge prüfen. Dem Kongreß liegt eine umfangreiche Tagesordnung vor, auf der neben einer Reihe von Organisationsfragen folgende vier Punkte von Bedeutung sind: „Die Stellung des internationalen Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung“, worüber Leipart sprechen wird, dann „Die internationale soziale Gesetzgebung“, Referent Oudegeest, ferner „Der internationale Kampf gegen Krieg und Militarismus“, Berichterstatter Johauz, und schließlich „Der internationale Kampf um den Achtstundentag“, worüber Mertens referiert.

Tagung der internationalen sozialistischen Erziehungsorganisationen und der Jugendinternationale.

Wien, 28. Mai. (Eigenbericht.) Diesen Sonntag tritt in Schönbrunn die Konferenz der internationalen sozialistischen Erziehungsorganisationen zusammen, der folgende Tagesordnung vorliegt: „Gewerkschaft und Kind“ (Berichterstatter Staats), „Antikriegsarbeit am Kinde“ (Berichterstatter Eupold Stern). Am Montag findet eine Vortragsung der Jugendinternationale statt, die sich mit der Frage der Antikriegsdemonstration und dem wirtschaftlichen Schutz der Arbeiterjugend beschäftigt wird.

Ein Deutschnationaler — Reichstagspräsident.

Berlin, 28. Mai. (Reichstags.) Auch heute wird der Zutritt zum Reichstagsgebäude außerordentlich scharf kontrolliert. Der Sitzungssaal weist aber schon arge Lücken auf. Es fehlt heute Ludendorff, auch die Kommunistenbänke sind schwächer besetzt. Alterspräsident Bod eröffnete die Sitzung, auf deren Tagesordnung die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten steht. Vor Eingang in die Tagesordnung beantragt Fehrenbach (Zentrum), die Sitzung zu vertagen. Nach seiner Auffassung stehe die Bildung des Reichstagspräsidiums in einem Zusammenhang mit der Regierungsbildung. (Widerspruch rechts und links bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokraten, Kommunisten und die Deutschnationalen stellten sich gegen den Vertagungsvorschlag.

Der Kommunist Kühn erklärt, der Reichstags lange gut an. Es gelinge ihm nicht die Präsidentenwahl, nicht die Kanzlerwahl, nichts, es gelinge ihm nur die Niederknüppelung der Arbeiter und Verhaftung der Abgeordneten. Wir kommen auch ohne Präsidium aus, wir verlangen aber auch, daß unsere Anträge sofort durchberaten werden.

Fehrenbach ergreift nochmals das Wort zu seinem Antrage, der gegen die Stimmen des Zentrums und der Volkspartei, sowie der Demokraten abgelehnt wird. Darauf beantragt Fehrenbach die Vertagung der Sitzung wenigstens bis 2 Uhr. Dieser Antrag wird angenommen.

In der wieder aufgenommenen Sitzung gab sich der neue Reichstag sein neues Präsidium. Bei der Wahl des Präsidenten wurde, wie vorausgesehen, eine Stichwahl notwendig, da im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt. Von 434 abgegebenen Stimmen erhielten Wallraf (Deutschnational) 202, Loebe (Sozialdemokrat) 107, Fehrenbach (Zentrum) 36 und Thälmann (Kommunist) 47 Stimmen. Bei der hierauf zwischen Wallraf und Loebe vorgenommenen Stichwahl erhielt Wallraf 227 Stimmen, während Loebe mit 151 Stimmen in der Minorität blieb. Wallraf übernahm hierauf sofort das Präsidium.

Die drei Regierungskrisen.

Paris, 28. Mai. Der „Dewore“ gibt einen Überblick über die Ereignisse, welche zur deutschen Ministerkrise geführt haben, und sagt: Durch einen merkwürdigen Zufall sind die drei großen Mächte, welche die Reparationsfrage so lange getrennt hat, und welche nun im Begriffe zu sein scheinen, durch ein gemeinsames Uebereinkommen das technische Programm der Experten zu prüfen und so an die Lösung des Reparationsproblems zu schreiten, gerade in diesem Augenblick von inneren Krisen erfaßt worden, welche sie vollstän- in Anspruch nehmen und von einander getrennt halten. Die latente Ministerkrise in Deutschland ist soeben ausgebrochen. Die französische Ministerkrise, welche von vornherein gelöst schien, wird möglicherweise durch eine Präsidentenkrise verlängert. Schließlich verläutet, daß das Kabi-

net Macdonald entschlossen ist, in der Angelegenheit des Gesetzentwurfes über Notwundungen die Vertrauensfrage zu stellen und im Falle einer Niederlage die Auflösung des Parlaments zu fordern.

Eine Bürgerblutregierung Marx?

Berlin, 28. Mai. (Eigenbericht.) Der Reichspräsident hat heute vormittags dem Reichskanzler Marx den Auftrag zur Bildung der neuen Regierung erteilt. Marx hat den Auftrag angenommen und verhandelt im Laufe des Tages mit den verschiedenen bürgerlichen Parteien, ohne daß die Regierungsbildung schon merkliche Fortschritte erzielt hätte. Allein bei dem Bestreben der Deutschnationalen, unter allen Umständen in die Regierung zu kommen, dürfte es Marx doch gelingen, eine Bürgerblutregierung von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten zustande zu bringen. Eines der Opfer dieser neuen Koalitionsmehrheit dürfte voraussichtlich der bisherige Außenminister Dr. Stresemann sein, den seine Partei anscheinend zu opfern gewillt ist, um den Deutschnationalen die Beteiligung an der Regierung zu erleichtern. Doch spielen sich die Verhandlungen so zögernd ab, daß voraussichtlich vor Freitag keine Regierungsbildung zustande kommen wird.

Ohrleien im Warschauer Parlament.

Warschau, 28. Mai. Während der heutigen Sejmungung kam es zu stürmischen Szenen während einer Rede des kommunistischen Abgeordneten Krollowski, der u. a. die Befreiung von Soldatenräten in der Armee verlangte. Die Rede rief auf den Bänken der übrigen Parteien große Entrüstung hervor. In den Wandelgängen des Sejms kam es dann zu weiteren Auseinandersetzungen, wobei ein sozialistischer Abgeordneter den kommunistischen Redner ohrfeigte.

Die englisch-russische Konferenz.

London, 27. Mai. In der gestrigen Sitzung erklärte die englische Delegation, sie beabsichtige keine unangemessenen Forderungen bezüglich der Vorkriegsschulden zu stellen und beantragte nicht die volle und sofortige Bezahlung dieser Schulden. Nach der Antwort Sowjetrußlands hängt die Bezahlung dieser Schulden von dem Erfolge der Anleihe ab, während die übrigen Forderungen hier von nicht abhängen. Es wurde deshalb russischerseits vorgeschlagen, zwei Gruppen zu bilden und zur Verhandlung der privaten Eigentumsansprüche überzugehen. Die Sowjetdelegierten sprachen ihre Befriedigung über den Standpunkt Englands bezüglich der Zahlung der Vorkriegsschulden aus und ersuchte um Bekräftigung der Schätzung dieser Forderungen. Sodann äußerte sie ihre Ansicht bezüglich des Privateigentums. Diese Ansprüche teilten sich in zwei Gruppen, und zwar in die Geldgruppe und jene des nationalisierten Eigentums. Die Sowjetdelegation stellte einen einzigen Vorschlag, der folgendenmaßen lautet: Die Regierung setzt eine Gesamtschuld für die Regelung der genehmigten und gehörig begründeten kleinen Forderungen fest und bestimmt eine Maximalsumme, welcher einer jeden einzelnen Kategorie von Forderungen ausgesetzt werden soll. Gleichzeitig würde der Art. 10 des Handelsvertrages vom Jahre 1921 widerrufen werden und die Eigentumsrechte der Sowjetregierung in England würden tatsächlich in Geltung treten. Die englische Regierung stellte die Frage, ob damit gemeint sei, daß nur die kleineren Forderungen berücksichtigt werden. Die Sowjetdelegation pflichtete dem bei und schlug vor, die Grenzen dieser Forderungen durch die beiden Regierungen feststellen zu lassen.

Devilenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

Newyork 100 \$	Dollar 2.94.50
Paris 100	Schweiz. Frank 16.70.00
Berlin 1	Mark 1242.50.000.000.00
Wien 1	östr. Kronen 2.092.00

Prager Kurse am 28. Mai.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1275.50	1281.50
1 Billion Mark	5.14.00	5.34.00
100 belg. Franks	160.50.00	162.00.00
100 schweiz. Franks	602.50.00	605.50.00
1 Pfund Sterling	147.67.50	149.07.50
100 Lire	153.37.50	154.87.50
1 Dollar	33.95.00	34.25.00
100 franz. Franks	185.87.50	187.37.50
100 Dinar	42.55.00	43.05.00
10.000 magyar. Kronen	3.85.00	4.35.00
1.000.000 poln. Mark	6.67.00	6.78.00
10.000 östr. Kronen	4.78.50	4.08.50

Tages-Neuigkeiten.

Der Monarchist Tirpiß.

Die monarchistische Reaktionäre in Deutschland haben nunmehr den Großadmiral Tirpiß auf ihren Schild erhoben. Der soll der Mann sein, der ihnen die Kaiserherrlichkeit wieder zurückbringt und die Hohenzollern neuerdings auf den Thron setzt. Es mag sein, daß der greise Tirpiß, wie er wohl nicht anders kann und anders auch keine Rolle spielen könnte, ein theoretischer Monarchist ist. Eine Monarchie ist aber kein bloßer Begriff, sondern es ist ihre Wesenheit, durch eine Person — durch eine ganz bestimmte Person verkörpert zu werden. In diesem Falle durch Kaiser Wilhelm oder durch einen von seinem Stamme, in dessen Adern also wilhelmminisches Blut und in dessen Gehirnbahnen wilhelmminischer Aberwitz kreist. Da fragt es sich nun: Wie stellt sich der Großadmiral persönlich zu dieser bestimmten Monarchengestalt? Das erfährt man am besten, wenn man das Erinnerungs- und Rechtfertigungsbuch nachliest, das Herr v. Tirpiß nach dem Kriege geschrieben hat. Man wird in der ganzen Literatur dieses Jahrzehnts kaum etwas finden, was antisäuerlicher wäre, als die Schmähschriften dieses Paladins der Kaiserherrlichkeit gegen seinen Kaiser. Da spricht alles von Gift und Haß und Verachtung. Diese erniedrigenden Charakteristiken Wilhelms des Zweiten, die ihn als einen sich ausbläbenden Quacksalber und ebenso eiteln wie boshaften Zwerg erscheinen lassen, sind sogar eine ganz hervorragende schriftstellerische Leistung, die man einem vollbärtigen Seebären gar nicht zutrauen möchte. Jetzt aber ist er der außerordentliche Mann, den Quacksalber und Zwerg im Triumph wieder zurückzuführen. So sieht eben der deutsche Monarchismus aus. Seine Vorkämpfer sind sich nicht im Unklaren darüber, daß sie mit ihrer Kaiserherrlichkeit nicht viel Imponierendes aufsteden würden. Aber wenn sie nur wieder ihren Kaiser haben, und möge es auch die niedrigste Persönlichkeit auf Erden sein, der solche Machtfülle gegeben ist, daß sie damit nach Belieben und Laune wirtschaften kann! Die Bismarcke und Tirpiße können ja dann späterhin wiederum giftige Memoiren schreiben, die allerdings dann nicht bei Cotta erscheinen würden, sondern in der Schreibstube verschlossen blieben, bis — wieder eine Revolution kommt und die Paladine von ihrem Herrn befreit.

Zensurkriege in der guten, alten Zeit.

Houben, der Geschichtsschreiber der Zensur, gibt in seinem Buche „Der gefesselte Biedermeier“ (Verlag S. Hoessel, Leipzig) folgende lustige Proben aus der preussischen und österreichischen Zensur des Vormärz. Neben der heiteren Seite dieser Zensurkritik gibt es aber auch eine bitter ernste, denn der Absolutismus der damaligen Zeit er-

strebte nicht weniger als die völlige Anebelung der geistigen Freiheit.

Die standhaften Oesterreicher.

In einem „historischen Rückblick“ auf die napoleonischen Kriege hieß es: „Die Oesterreicher wichen zurück.“ Diesen Satz strich der Zensur und setzte dafür: „Die Franzosen rückten vor.“ Wo blieb die Achtung vor dem Militär, wenn zugegeben wurde, daß die österreichische Armee niemals zurückgewichen sei!

Montesquieu sagt...

Ein anderer österreichischer Zensur leistete sich folgenden Streich: Eine wissenschaftliche Abhandlung begann mit den Worten: „Montesquieu sagt...“ Das Zitat gefiel dem Zensur aber nicht, er strich es durch und schrieb das Gegenteil hin: die Worte „Montesquieu sagt“ ließ er aber ruhig stehen.

Schutz den Kindern!

Ein Kinderbuch „Blüten und Fruchtstübe“ erzählt von einem Mädchen: „Es hatte einen üppigen Haarwuchs.“ Der Zensur strich das Beiwort: als zu schlüpfrig; gedruckt durfte nur werden: „Es hatte einen Haarwuchs.“

Die beleidigte Schnellpost.

Ein harmloses belletristisches Blatt in Berlin legte einst dem dortigen Zensur eine ebenso unschuldige Novelle zum Inzuprimatur vor, die mit den Worten begann: „Die königliche Schnellpost kam am Abend neun Uhr durch die große Friedrictstraße und warf an der Leipziger-Strassen-Ecke um“ usw. Der Zensur strich diesen Eingang mit der Begründung, das sei eine Beleidigung für die Postverwaltung.

Geistliche Herren.

In einem Gedichte, worin die Tannen mit geistlichen Herren verglichen wurden, und in einer folgenden Strophe auf ihnen „der Spechte geistiges Heer“ wohnte, änderte der Zensur das „geistliche Heer“ in — geistliche Herren um.

Höchstes Partgefühl.

1831 widmete ein Komponist eine Sammlung von Madrigalen den „liebenswürdigen Damen Leipzigs“. Der Leipziger Zensur, Hofrat Meißelsheim Müller, selbst Redakteur der „Zeitung für die elegante Welt“, strich das Wort „liebenswürdig“, weil diejenigen Damen, die nicht liebenswürdig seien, es übel aufnehmen könnten.

Söhepunkt der Raibität.

Ein ganz naiver Zensur fragte einst einen Schriftsteller — wahrscheinlich Ludolf Wienberg — mit väterlich warmer Anteilnahme: „Mein Lieber, warum wollen Sie denn überhaupt Ihr Werk gedruckt sehen?“

Hohe Personen.

Einer beißenden Rezension über ein anonymes Werk versagte die Zensur die Druckerlaubnis, weil der ungenannte Verfasser des getadelten Buches möglicherweise eine hohe Person sein könnte.

Von solch einer hohen Person meldete einmal ein Zeitungsblatt, daß sie krank sei. Der Zensur fand aber dieses Wort der Würde Seiner Durchlaucht nicht angemessen und verbesserte „unpäßlich“. — „Mögen die Herren“, sagte der Demokrot Heide, als er dies einmal erzählte, trocken hinzu, „sich krank oder unpäßlich nennen lassen, der Teufel holt sie doch!“

Eine blutige Liebestragödie in Komotau.

Dienstag um 110 Uhr abends befand sich die 19jährige, im Komotauer Armenhause wohnhafte Bedienerin Elisabeth Grund mit einer Freundin auf dem Wege nach Hause, als sie in unmittelbarer Nähe der Hutfabrik ihrem ehemaligen Liebhaber, dem in der Herrengasse wohnhaften Josef Schust begegnete, welcher ohne viel zu reden, aus einer Entfernung von knapp zwei Schritten aus einem 7 Millimeter kalibrierten Armeerevolver einen Schuß auf das Hinterhaupt des ahnungslosen Mädchens abgab. Während die Ueberraschte blutüberströmt zu Boden sank, Leute von allen Seiten zu Hilfe herbeieilten und in ihrer Verwirrung nicht wußten, was zuerst tun, gelang es Schust gegen die Eidlitzstraße zu flüchten. Wie sichergestellt werden konnte, übernachtete er in der Nacht auf Mittwoch in Tschernowitz bei einer bekannten Familie, wendete sich in aller Frühe nach Sonnenberg und dürfte versuchen, von dort über die Staatsgrenze zu kommen. Er ist 25 Jahre alt, 164 Zentimeter groß, stark, hat blondes Haar, blaue Augen, ist bartlos und war bei Verübung der Tat mit schwarzem Anzuge, ebensolchen Schnürschuhen, dunklem Selbstbinder und leichter Deckelmitze bekleidet. Die schwerverletzte Grund wurde mittelst Rettungsautos ins Krankenhaus überführt, befindet sich zur Zeit zwar außer Lebensgefahr, doch ist ihr linker Arm durch Durchschlagen eines Nerven mit dem großen Projektil gelähmt. Das Motiv der Tat ist unermittelte Liebe, da sie ein seit längerer Zeit mit Schust unterhaltenes Liebesverhältnis vor kurzer Zeit gelöst hatte und es auch auf seine wiederholten Bitten nicht wieder aufnahm.

Alte Lügen in neuem Kleide.

Die Helfer der Mörder Rathenaus beriefen sich selbsterzeit auf die antisemitische Schrift „Die Weisen von Zion“, durch die sie verhehrt wurden. Nunmehr erscheint im Hammerberlage, Leipzig, ein Buch, betitelt: „Die zionistischen Protokolle“, das Programm der internationalen Geheimregierung, das nichts anderes ist als ein Reindruck der „Weisen von Zion“. Gegen den Verfasser ist Strafanzeige erstattet, damit er vor Gericht Gelegenheit erhält, die in dem Buche aufgestellten Behauptungen zu beweisen.

Poincaré und die Juden. Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“ folgende Glosse: Mein Freund ist (nach seinem Dialekt zu urteilen) zwar kein geborener Münchener, aber „bölsch“ bis auf die Knochen, Nationalsozialist, und als solcher schwer um Deutschlands Zukunft besorgt. Er vertritt den Standpunkt, daß Deutschland, um gerettet zu werden, es genau so machen muß wie Frankreich — oder genau das Gegenteil, je nachdem. Freilich gibt es auch Fälle — wie den folgenden — in denen die Entscheidung schwer ist. Ich gebe ihm das Wort: Wissen Sie, meine Herren, was kürzlich in Paris passiert ist? Dorthin sind ja, wie Sie wissen, die 165.000 Juden, die der Herr v. Kahr aus Bayern ausgewiesen hat, ausgewandert. No, die Pariser Polizei hat, wie man sich leicht denken kann, an denselben Tag keine Freude gehabt und hat sie kürzlich auch ausgewiesen. Da habe ich also ihre Sache gepackt und sinn auf den Bahnhof. Wie die 165.000 Juden dort sinn, wer kommt dazu? Der Herr Bonglarch (Poincaré meinte er), und der fragt: „No, was is mit euch?“ Da geve se zur Antwort: „Mir sinn ausgeweise, weil mer Deutsche sinn.“ — „Was?“ sagt der Bonglarch, „Ihr seid doch ka Deutsche?“ — „No, eigentlich nicht,“ geve se zur Antwort, „mir sind international, aber mir hawe lang in Deutschland gelebt.“ — „So, da könnt ihr ruhig in Paris bleibe.“ sagt der Bonglarch. Und darauf sinn se wieder heimgeganget und bleibe in Paris.

„Das muß ein großer Bahnhof sein, in dem 165.000 Juden sich aufstellen können,“ warf einer der Rastergäste ein. — „Ja, der Pariser Bahnhof ist freilich groß,“ war die Antwort.

Staatliche Lehrgänge zur Ausbildung von Buchwarten in Gemeindeführereien. Die heurigen Lehrgänge zur fachlichen Ausbildung der Buchwarten finden in Mies vom 3. bis 29. Juli und in Rumburg vom 4. bis 23. August statt. Der Lehrplan umfaßt Vorträge zur Einführung in die Theorie des Bücherei- und Volksbildungswesens, die durch eine praktische Ausbildung in den Arbeiten der vollstündlichen Bücherei ergänzt werden und Vorträge zur Literaturkunde. Vortragende sind in Mies: Direktor Josef Martin und Prof. Max Drehhausen; in Rumburg Univ.-Prof. Dr. Josef Effenmeier und Dr. Anton Moucha, staatlicher Büchereinstruktur. An die Lehrgänge werden volksbildende Vorträge, Exkursionen und künstlerische Darbietungen angeschlossen. Als Teilnehmer kommen in erster Linie die Buchwarte in Gemeinden bis 10.000 Einwohnern in Betracht, ferner die Distriktsbüchereiaufsicher und die Büchereireferenten der Bezirksbildungsausschüsse. Die Lehrgänge werden durch Staatsprüfungen abgeschlossen. Die Zeugnisse über die abgelegte Prüfung befähigen zur Führung des Amtes eines Buchwartes in Gemeinden bis 10.000 Einwohnern. Die Teilnehmer an den Lehrgängen haben sich ehestens bei den Bezirksbildungsausschüssen in Mies (Hm.-Prof. Georg Schmidt) oder in Rumburg (Hochlehrer Rudolf Palm) anzumelden, wo sie Auskünfte über die Unterkunft und Verpflegung, sowie sonstige Begünstigungen erhalten können.

Ein Richter als Zuhälter und Mordanschläger. Die preussischen Richter sind bekanntlich die Träger einer hochkonservativen Weltanschauung, die sie nicht nur fast unfähig macht, in ihre Rechtsprechung soziale Ermüdungen einzuflechten zu lassen, sondern auch erbarmungslos gegen Verirrungen menschlicher Schwäche, vorausgesetzt, daß die Verirrten dem „Bodensatz“ der Gesellschaft angehören und nicht etwa „Standespersonen“ sind, an deren Handeln nach der sonderbaren konservativen Logik mildere Maßstäbe zu legen sind.

Wie wenig aber die starren Dogmen einer Justiz, für die nur die Kriterien bürgerlicher Wohlstandigkeit gelten, gefeit sind gegen Kräfte, die willensschwache Menschen in den tiefsten Sumpf hinabziehen können, erweist wieder einmal mit fast teuflischer Ironie das Schicksal eines Breslauer Richters namens Josefsohn, der als Untersuchungsrichter beim Sondergericht tätig war. Josefsohn, der mit zwei in den nächsten Vergewaltigungsfällen der Breslauer besessenen Klassen bediensteten Mädchen Verhältnisse hatte, soll die eine davon veranlaßt haben, ihre Nebenbuhlerin zu erschlagen. Der Mordversuch endete mit einer schweren Verletzung des Opfers und die Täterin wurde verhaftet, wozu sie ein Geständnis ablegte und ihren Freund der Anstiftung bezichtigte. Josefsohn, der, wie es scheint, außerhalb seines Berufes das Leben eines Zuhälters führte, scheint von schweren Schulden bedrückt gewesen zu sein und auch dem Mädchen, das er aus dem Wege räumen lassen wollte, große Beträge geschuldet zu haben.

Eine neue Zedquelle in Hall erhöht. Die seit einiger Zeit in Bad Hall betriebenen Bohrungen führten zu Ergebnissen, welche die bisherigen weit hinter sich lassen. Es ist eine sehr reiche und ausgiebige Quelle erhöht worden, deren Wassermenge die der anderen Quellen von Bad Hall um ein Vielfaches übertrifft. Der Gehalt der neuerbohrten Quelle an Kochsalz und Bromsalz erreicht die höchste Zahl, die bei Zedquellen überhaupt bekannt geworden ist. Bei dieser Tiefbohrung, die bis auf mehr als 250 Meter gebracht worden ist, stieß man in 200 Meter Tiefe auch auf brennbares Erdgas, dessen Menge bisher stetig zugenommen hat. Die Bohrung wird weiter fortgesetzt, zumal da eine geologische Neuaufnahme nicht nur die Richtigkeit der schon von mehreren Geologen gemachten Beobachtungen bestätigt, sondern auch neue Tatsachen zutage gefördert hat, die wissenschaftlich und praktisch von großer Bedeutung sind.

Klassenlotterie. Gestern fand die größteziehung der fünften Klasse der tschechoslowakischen Klassenlotterie statt. Als Grundzahlen wurden gezogen: 66 und 32. Es gewannen: 2000 K die Lose Nr. 4896 50.966 65.466 194.166 175.966 115.466 20.966 53.966 133.806 28.766 78.466 179.666 138.166 46.366; 5000 K die Lose Nr. 68.066 198.266 103.866 11.166 116.266 130.766 115.966; 10.000 K das Los Nr. 20.766; 2000 K die Lose Nr. 140.532 138.632 77.732 11.532 50.432 125.032 42.732 93.232 52.232 96.432 45.532; 5000 K die Lose Nr. 108.632 140.332 110.232 131.832 30.732. Das Los Nr. 32.432 gewinnt 2000 K und eine Prämie von 60.000 K.

Bevölkerungsabnahme infolge Tuberkulose in Budapest. Den statistischen Ausweisen der Hauptstadt Budapest zufolge übersteigt in der jüngsten Zeit die Zahl der Todesfälle ständig jene der Geburten. Im Monate April waren 1496 Geburten und 2218 Todesfälle zu verzeichnen. In der inneren Stadt gab es bloß vier Geburten und 269 Todesfälle. Seit Jahresbeginn wurden in den Matrizen von Budapest 5486 Geburten und 7594 Todesfälle verzeichnet. Hauptursache der Sterblichkeit ist Lungentuberkulose, die infolge der Verarmung immer mehr um sich greift. (Und die gehürt und gefördert wird durch das unendlich tief gehaltene Lohnniveau, das der ungarischen Arbeiterschaft nur zwei Wege offen läßt: an Tuberkulose zugrunde zu gehen oder aus dem Horthy-Lande auszuwandern.)

Hungerstreik der verhafteten Kommunisten in München. Die als Teilnehmer eines politischen, nicht gestatteten Parteitages in München verhafteten Kommunisten haben gegen die Gefangenhaltung Beschwerde erhoben. Da die Polizeidirektion die Beschwerde verzögert habe, traten 59 von sechzig Verhafteten gestern in den Hungerstreik.

Ueberall Spionage und Gegen-spionage. In Leipzig wurde der Wachmeister der Reichswehr Arthur Dietrich aus Plauen wegen Spionage und Verrats militärischer Geheimnisse vom Reichsge-

richt zu 14 Jahren Zuchthaus und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Dietrich hatte der interalliierten Militärkommission Spionagedienste geleistet.

Der polizeiliche Mord an einem Fünfzehnjährigen. Die polizeilichen Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes an dem fünfzehnjährigen Schüler Beyer haben ergeben, daß es sich nicht um einen Nebenmord von linksradikaler Seite handelt. Die drei unter dem Mordverdacht festgenommenen, von denen der eine, namens Siebel, Hitleruniform trug, sollen vielmehr rechtsradikalen Organisationen angehören.

Die Wahlen in den Hilfsausschuss des Prager Handelsministeriums, welche für den 29. Mai bestimmt waren, werden nicht stattfinden, da zwischen den Parteien eine Einigung betreffend die Kandidatenliste und die Verteilung der Funktionen erzielt wurde. (Vom Gewerbetreter des Prager Magistrats.) — Hierzu teilt uns die Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten (Sitz Teplitz-Schönbau) mit, daß sie an der vorerwähnten Kompromißliste nicht beteiligt ist.

Zwanzig Todesopfer bei einem Hotelbrand. In Newark (Neu-Persej) brannte ein großes Hotel ab. Wie verlautet, seien hiebei zwanzig Personen ums Leben gekommen.

10.000 Franken für den Leiter der Mount-Everest-Expedition. Die französische geographische Gesellschaft hat dem General Bruce, der bis vor kurzem Leiter der britischen Mount-Everest-Expedition war, den Preis von 10.000 Franken zuerkannt. General Bruce ist kürzlich erkrankt und wird in der Leitung der Expedition durch Oberst Norton vertreten.

Bankenbruch oder Verzweiflungstat? Eine Frau, die ein kleines Kind auf dem Arme trug, drang in Farmington (Nordamerika) in eine hiesige Bank ein und zwang die Angestellten mit vorgehaltenem Revolver, ihr 1500 Dollar auszuliefern. Hierauf entfloß sie in einem Auto.

Sturmkatastrophen in America. Heftige Stürme haben die Gegend südlich des Mississippi verheert, wobei 37 Personen getötet und 70 verletzt wurden. Die Stürme haben auch bedeutende Sachschäden angerichtet.

Wetterüberblick vom 28. Mai. Nur noch in der östlichen Slowakei ist es warm geblieben. Die Abkühlung hat sich namentlich auch auf die Westslowakei ausgebreitet. Die Niederschläge waren am Dienstag erheblich schwächer, an vielen Stellen Böhmens hat es überhaupt nicht geregnet. Erhebliche Regenmengen melden nur Znaim und Priesburg. Beide Orte hatten Gewitter. Im Ganzen ist der Himmel vollständig bedeckt geblieben.

Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, Niederschlagsneigung, später jedoch Besserung.

Volkswirtschaft.

Die Herabsetzung des Bankzinsfußes.

Vor einigen Monaten hat das Bankamt sowohl den Lombardzinsfuß (Berechnung von Wertpapieren) als auch den Wechselkompi heraufgesetzt. Diese Transaktion hatte zur Ursache, die tschechoslowakische Krone vor einem Angriff zu schützen, die Übertragung von tschechoslowakischen Kronen ins Ausland zu erschweren und der Spekulation durch die Erhöhung der Geldleihe einen Riegel vorzusetzen. Nachdem die Gefahr für die tschechoslowakische Krone geschwunden, der allgemeine Angriff auf die europäischen Valuten abgeschlagen ist und die Tschechoslowakei sieben eine Anleihe in London abgeschlossen hat, welche ihren Devisenschatz auffüllt, hat das Bankamt nunmehr den Lombardzinsfuß von 6 1/2 auf 6 Prozent herabgesetzt. Die Herabsetzung des Bankzinsfußes hat seinerzeit der industriellen

Entwicklung des Staates schweren Schaden zugefügt, weil die Industrie kein Geld bekam, was in der Zeit der aufsteigenden Konjunktur die Entwicklung der Arbeitslosigkeit gehemmt hat. Leider ist von der Herabsetzung des Bankzinsfußes im gegenwärtigen Augenblick nicht viel zu erwarten. Das Bankamt strebt in seiner Valutapolitik vorläufig dem Ziele zu, den Notenumlauf auf sieben Milliarden einzuschränken, so daß auf dem Kapitalmarkt eine furchtbare Geldknappheit herrscht, die auch durch die Herabsetzung des Zinsfußes kaum in merklicher Weise erleichtert werden wird, zumal es sehr zweifelhaft ist, ob die Banken gleichfalls zu einer Herabsetzung des Zinsfußes schreiten werden. Wie der Preisindex zeigt, bleiben auch die sonstigen Wirkungen der Einschränkung des Notenumlaufes aus. Seit Monaten tritt keine Preisherabsetzung ein, man kann höchstens von einer Stabilisierung der Preise reden. So führt die Politik des Bankamtes weder zu einer Herabsetzung der Preise noch zu einer Erleichterung der Lage der Industrie.

Der tschechoslowakische Außenhandel im Jänner bis April 1924.

Umsatz 450 Millionen Kronen.

Wir haben vor einigen Tagen die tschechoslowakischen Ausfuhrziffern für die Periode Jänner bis April 1924 veröffentlicht, woraus hervorging, daß die Ausfuhr in diesen vier Monaten 4.904.474.956 Kronen betrug. Nunmehr geht uns vom statistischen Staatsamt auch die Uebersicht über die Einfuhr in demselben Zeitraum zu die 4.453.652.034 Kronen betrug. Das Aktivum unserer Handelsbilanz beträgt also für die genannte Zeit 450.822.922 Kronen.

Rekurse gegen die Vermögensabgabe. Verhalten der Steuerbehörden. Mehrere Steuer-administrationen in Mähren schickten jenen Parteien, welche Rekurse gegen die Vermögensabgabe eingebracht haben, schriftliche Anfragen, in welchen sie die Art der erfolgten Bemessung näher erklärten und das Urteil abgaben, daß die eingebrachte Berufung keinen Erfolg haben werde. Besonders auffällig ist der Passus, der in solchen Bescheiden sich zu finden pflegt, daß die Ausschcheidung der Kriegsanleihe nach den bestehenden Weisungen vorläufig unzulässig ist. Derartige Anfragen schließen in der Regel mit der Einladung bekanntzugeben, ob man die Berufung unter diesen Umständen zurückziehen bereit sei. Vielfach werden auch die Parteien mündlich vorgeladen und ihnen das gleiche Ansinnen gestellt. Es ist nun nicht ausgeschlossen, daß viele dergriffene Bemessungen dadurch in Rechtskraft erwachsen. Es wird daher empfohlen, die Berufung regelmäßig nicht zurückzugeben, da die Behörde zu entscheiden hat, und wenn ihre Behauptungen richtig sind, die Berufung abweisen kann. Besonders wird hervorgehoben, daß die Frage der Ausschcheidung der Kriegsanleihe aus der Bemessungsgrundlage bereits durch das Gesetz und die Vollzugsvorschrift in eindeutiger Weise gelöst ist, daß die Kriegsanleihe ausgeschlossen werden muß. Wenn da andere interne Weisungen berufen werden, so sind diese internen Weisungen im Widerspruch mit dem Gesetze. Die rekurrierenden Parteien werden durch die Zurückziehung des Rechtsmittels geschädigt, weil dann der betreffende Zahlungsauftrag in Rechtskraft erwächst und die Behörde unter Berufung auf diese Rechtskraft die Zahlung der Abgabe fordern wird, auch wenn sie auf die wertlose Kriegsanleihe entfällt. Ob nun derlei Anfragen mit Vorwissen des Finanzministeriums ergehen oder aber, wie man häufig annehmen kann, von den Steuerbehörden zur Verringerung der Arbeit im eigenen Wirkungsbereich erlassen werden, die Parteien werden aufmerksam gemacht, daß sie durch eine Zurückziehung der eingebrachten Rekurse sich zumeist unüberwindlichen Schaden zufügen.

Edison für den Vierstundentag. Der berühmte amerikanische Erfinder Edison bestreitet vor kurzem, was andere schon früher gesagt haben, daß die industrielle Entwicklung eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit möglich macht. Er sagt unter anderem: „Es wird eine Zeit kommen, da automatische Maschinen in dem Umfange eingeführt sein werden, daß man nicht mehr als vier Stunden pro Tag zu arbeiten braucht. Viele glauben, daß es nicht gut wäre. Der Durchschnittsmensch liebt den Mühsigang im allgemeinen nicht. Vom Standpunkte der alten Leute aus wird es jedoch eine gute Sache sein. Denn wenn wir einmal so weit sind, brauchen alte Leute nicht mehr zu arbeiten. Die jungen können arbeiten und sind imstande, die ganze Familie zu erhalten.“ Das klingt anders als die jetzt von reaktionärer Seite erhobene Forderung auf Abschaffung des Achtstundentages.

Russisches Bauernleben unter der Zarenherrschaft.

Von Anna Ruffbaum.

Die Bäuerin Anissa, Tochter des Iwon Semionowitsch, erzählt ihre Geschichte der Schwägerin von Leon Tolstoi, Tetiana Andrejewna Kuzmeinskaja. Diese schrieb sie nach Diktat nieder, gab das Manuskript Tolstoi der davon begeistert war. Er sah es durch, verbesserte, fügte (bestimmt) die Schlüsselwörter hinzu. Die Erzählung wurde zuerst in einer russischen Zeitschrift, später unter dem Titel „Babia Dolska“ (das Schicksal

Von der Liebe am geringen Orte.

Von Ed. Bräm.

Der eine meiner Nuben hatte eine kleine Wespenwabe mit dem Muttertier und einigen Larven nach Hause gebracht. Auf dem Nachttisch neben seinem Bette wurde die väterlose Familie in einem offenen Schächtelchen untergebracht. Tagaus, tagein slog das getreue Tierchen um Nahrung für seine allmählich größer und wider werdenden Baby aus. Wenn zufälligerweise das Zimmerfenster einmal des Abends vor ihrer Rückkehr geschlossen wurde, übernachtete die fleißige Mutter immer an demselben Orte unter dem äußeren Gesimsrand. Alle hatten wir unsere Freude an dem unermüdbar nur auf das Wohl seiner Kinder bedachten Tierchen. Gesund und brall wuchsen sie heran. Eines Tags slog die Mutter nicht wie sonst mit munterem Summen aus. Sichtlich müde ging es nur kleine Etappen weit. Am Mittag fiel sie nach kurzem Anfluge zu Boden. Sie war krank. Sorglich verbrachten wir sie in das Schächtelchen und legten Wasser. Sonig, ein Stückchen einer Rirsche und etwas Fleisch hinein. Nach kurzer Pause begann unser Patientchen seine mütterliche Tätigkeit wieder. Mit sichtbarlich immer größerer Mühe tränkte und speiste die Wespe die hilflosen Würmchen. Ein Weichenpaar um das andere versagte den Dienst und mußte nachgeschleppt werden. Aber keinen Augenblick gönnte sich die kranke Mutter Erholung. Zuletzt schleppte sie sich nur mit Hilfe der vordersten Weichen vorwärts. Aber ein eiserner Wille schien

das arme Wesen zu befehlen: Ob ich zugrunde gehe, ist gleichgültig, wenn nur die Kinder leben! Rotgoldene tanzte das Abendlicht durch die im Winde wiegenden Wälder des wilden Weins und warf flackernde Schatten über das auf kleinstem Raume sich abspielende Lebensdrama: ein letztes Juden ging durch die Wespe, ein letzter Rud, die letzte süße Nahrung wurde an das kleine Larvenmäulchen gebracht und aus war Luft und Schmerz. Umsonst zitterten noch eine Weile die kleinen Wesen in ihren grauen Mönchszellen nach des Leibes Notdurft, bis auch sie stille wurden, eines nach dem andern, da es uns nicht gelingen wollte, sie zu ernähren.

Bis in die dämmernde Nacht hinein stand ich sinnend bei der toten kleinen Mutterwespe. Sie hatte gerungen und sich aufgegeben wie eine gute menschliche Mutter, die, fühlend, wie der Tod nach ihrem Herzen krallt, die Zähne zusammenbeißt und bis zur letzten schweren Minute nur den Jhren lebt. Ich dachte an meine eigene Mutter, die, mit hartem Schicksale ringend, Tag und Nächte lang nur uns lebte. Ich dachte an die vielen tausend Proletariermütter, deren lichtloses Dasein Arbeit und Kummer für ihre Kinder heißt und die allzufrüh der grimmigen Sensesmann fällt. Ich dachte an die unzähligen Mütter in den Kriegsländern, die in grauenhaftem Entsetzen mit ansehen müssen, wie nicht nur ihr eigenes Leib, sondern die Kraft ihrer Kinder von Tag zu Tag schwindet und eines um das andere den Blüten gleich, die der Frost verfehrt, die müden Augenlider schließt. Ich dachte an den wüsten Wirbelsturm der gegenwärtigen Reaktion, der so viele Kinder in unserem eigenen Lande mutterlos und so viel Mütter kinderlos werden läßt.

Du kleine, schöngefärbte, verachtete Wespe, am geringsten Orte hast du mir ein wundervolles Vorbild gegeben. Heute, wo so viele Menschen ihre Pflichten vergessen, hast du mir durch dein Leben und Sterben aufs eindringlichste gesagt, daß der tiefste Sinn des Lebens darin liegt, daß wir leben und uns opfern für unsere Mitmenschen, für unsere Familie, für unsere Klassengenossen. Auf eine Heldin bin ich gestoßen, wo die weisen Menschen nur ein verabscheuenswertes Tierchen sehen. Ist es nicht etwas Fierliches um die Offenbarung so großer Liebe am geringen Orte? Ist nicht alle Menschenliebe aus den niederen Stufen der Vergangenheit langsam emporgewachsen? Wie großartig ist doch die Natur! In Niedrigkeit, in Staub und Schmutz, im Leben eines mitschickten und verfolgten Tierchens reicht sie uns auf den Wanderpfad ein Vorbild, ein Symbol, ein Flämmchen, das sich in uns zur wärmenden, legebbringenden Flamme entzündet kann.

Fürwahr, du kleine, tote Wespe, ich schäme mich des Mitleids um dich nicht. Ich schäme mich der Erinnerung an dich nicht. Möge mich die Natur vor dem Schicksal bewahren, je so alt und verrotteten Wesens zu werden, daß ich ohne Ergriffenheit den herrlichen Offenbarungen ihrer wirkenden und schaffenden Kräfte, aus denen die Menschheit früher oder später der Himmel auf Erden erstehen muß, gegenübersehen könnte.

Ohne die Liebe und das Opfer am geringsten Orte gäbe es nie eine Erfüllung des Sozialismus und würden ewig auf Erden die menschlichen Raubtiernaturen herrschen und ausbeuten.

*) Ma Vie, Récit d'une paysanne russe, revu et corrigé par Lévu Tolstoi Grasset, Paris.

